



2020/20 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/20/die-krise-hinter-der-wohnungstuer>

Seit Beginn der Coronakrise gibt es mehr Notrufe wegen häuslicher Gewalt

Die Krise hinter der Wohnungstür

Von **Philip Blees**

Die Zahl der Notrufe wegen häuslicher Gewalt ist in der Coronakrise angestiegen. Die mangelhafte Finanzierung von Beratungsstellen für betroffene Frauen macht sich bemerkbar.

Die Polizei erkennt ein Problem: »Deutlich gestiegen« sei die Zahl der Notrufe, die unter »Häusliche Gewalt« fallen, sagte die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik Ende April. Einen Anstieg um 34 Prozent habe die Polizei seit Anfang März, also seit Beginn der Coronakrise hierzulande, im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet.

Dies deutet auf eine Entwicklung hin, die feministische Organisationen schon seit Beginn der Krise befürchten: Die Kontaktbeschränkungen führen zu mehr Gewalt gegen Frauen. Doch steht die Polizei vor Widersprüchen. »Es gibt keine vermehrten Anfragen bei den Antigewaltprojekten«, sagte Slowik. Auch die Zahl der Anzeigen wegen häuslicher Gewalt seien nicht angestiegen.

Das Problem stellt sich nicht nur der Berliner Polizei. »Unsere Zahlen decken sich mit denen aus allen Bundesländern«, merkte die Berliner Polizeipräsidentin an. Auf Anfrage der *Jungle World* bestätigte das nordrhein-westfälische Innenministerium, dass sich die Fallzahlen nicht erhöht hätten. Das polizeiinterne Bearbeitungssystem führe sogar nur 4 295 Fälle im Deliktbereich »Häusliche Gewalt« für den Zeitraum vom 1. März bis zum 26. April, 2019 seien es im gleichen Zeitraum 5 814 gewesen. Diese Zahlen seien jedoch vorläufig und könnten sich jederzeit ändern, so ein Sprecher des Ministeriums.

Das tatsächliche Ausmaß der häuslichen Gewalt werde wohl frühestens nach den kommenden Lockerungen zu ermitteln sein, sagt Kristin Fischer von der Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen.

»Ich kann keine verifizierten Zahlen nennen«, sagt Kristin Fischer von der Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen (BIG) im Gespräch mit der *Jungle World*. Dafür sei es noch zu früh. Die Sozialarbeiterin ist seit 19 Jahren in Frauenhäusern tätig. Anfang April hat sie begonnen, in der Koordinierungsstelle der Initiative zu arbeiten, sie hat dort auch mit den Abläufen und Verantwortlichen bei der Polizei zu tun. Die Tendenz sei steigend, sie zähle mehr Anrufe bei der Hotline der BIG, so die Sozialarbeiterin. Auch die Intensität der ausgeübten patriarchalen Gewalt

nehme zu, wegen der räumlichen Enge sei dies eine schreckliche, aber auch logische Konsequenz. Das bundesweit erreichbare Hilfetelefon »Gewalt gegen Frauen« meldete Anfang Mai, dass es Mitte April 17,5 Prozent mehr Anrufe gab als zwei Wochen zuvor.

Das tatsächliche Ausmaß der Gewalt werde wohl frühestens nach den kommenden Lockerungen zu ermitteln sein, so Fischer. Dann könnten Frauen wieder Abstand von gewalttätigen Männern gewinnen und sich Hilfe suchen. In unmittelbarer Nähe des Partners sei dies schwerer möglich, da Betroffene unter ständiger Beobachtung stünden.

Auch unter gewöhnlichen Umständen erleiden Frauen häufig Gewalt. Im Jahr 2018 starben den Zahlen des Bundeskriminalamts zufolge 122 Frauen durch sogenannte Partnerschaftsgewalt, das heißt: Sie wurden von ihrem damaligen oder ehemaligen Partner getötet. Jede dritte Frau in Deutschland hat in ihrem Leben »Partnerschaftsgewalt« erlitten.

Zurzeit fehle ein kontrollierendes Umfeld, sagte Fischer. In der Schule oder der Tagesstätte könnten Kinder nicht mehr mit Lehrerinnen oder Lehrern sprechen, die Arbeitskolleginnen und -kollegen bemerkten keine Verletzungen mehr. Hinzu komme das Virus selbst. »Auch Frauen, die Gewalt erleben, haben Angst vor Corona«, so die Sozialarbeiterin. Eine Ansteckung in Frauenhäusern, zu denen auch die Hotline der BIG Betroffene vermittelt, könne man genau wie an allen anderen Orten zurzeit nicht ausschließen.

Wegen der Lage hat das Land Berlin schon Mittel für die Frauenhäuser und Beratungsstellen bewilligt. So mietet der Senat derzeit ein Hotel an, um zusätzliche Räume bereitstellen zu können. Auch sei zu beobachten, dass andere Bundesländer Unterstützung in Aussicht stellten, bestätigte der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (BFF) der *Jungle World*. Auf der Website www.sichere-zuflucht.de werden freie Ferienwohnungen und Hotels erfasst, die von Gewalt betroffenen Frauen zur Verfügung stehen. »Das ist ein sehr gutes Angebot«, sagt die Sprecherin des BFF, Katharina Göpner, zu dem Projekt, das von der Bundesregierung unterstützt wird.

»Mehr Schutzräume müssen geschaffen werden für Menschen, die vor häuslicher Gewalt fliehen«, forderte kürzlich auch Katja Kipping, Vorsitzende der Linkspartei, in einem Beitrag für den *Tagesspiegel*. Das Familienministerium hat das Problem ebenfalls erkannt. »Wir dürfen die Betroffenen nicht allein lassen«, sagte jüngst die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey (SPD). Sie hat die Kampagne »Zuhause nicht sicher?« ins Leben gerufen. In Supermärkten sollen Plakate aufgehängt werden, die über Hilfsangebote informieren. Eine Pressesprecherin der Rewe Group gab an, es beteiligen sich 5 500 Rewe- und Penny-Märkte an der Kampagne. Warum die Ministerin allerdings erst jetzt – zwei Monate nach Beginn der Coronakrise – auf diese Idee kommt und ob die Kampagne ausreicht, um einen erheblichen Anstieg an Gewalt zu verhindern, bleibt offen. Eine Bewertung kann wohl erst in einiger Zeit erfolgen.

Giffey hat sich auch für eine Klassifizierung der Frauenberatungsstellen als »systemrelevant« eingesetzt. »Das ist schlicht noch nicht überall der Fall«, kritisiert Göpner vom BFF. Zum Beispiel in Hessen seien die Stellen so eingestuft, in einigen anderen Bundesländern noch nicht. Eine weitere Schwierigkeit sei die Finanzierung der Beratungsstellen. Eigenmittel entfielen zurzeit, da beispielsweise keine Veranstaltungen oder Weiterbildungen stattfinden könnten, sagt die Sprecherin des BFF. Die Unterfinanzierung bestehe allerdings schon lange und zeige nun Auswirkungen: Manche Fachberatungsstellen hätten nicht genug Telefonleitungen, es sei kein

Geld vorhanden, um Online-Beratungsangebote auszubauen. Diesen Problemen widmete die Große Koalition in der Vergangenheit wenig Aufmerksamkeit. Giffey, die sich zurzeit als Kämpferin für die Frauenhäuser darstellt, hat dies als Regierungsmitglied mitzuverantworten.

Die Sozialarbeiterin Fischer fordert, dass die oft lebensrettenden Angebote auch über die Krise hinaus sicher finanziert werden. Die Zahl der Frauenhausplätze müsse dauerhaft erhöht, das Angebot an Hotlines so bezuschusst werden, dass diese rund um die Uhr erreichbar seien. Und auch Projekte für Täterarbeit seien flächendeckend nötig. »Der Bedarf ist da«, sagt Fischer.